



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	7
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	7
	Innenpolitische Entwicklungen	7
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	8
4.	Türkische Zyprioten	11
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	11
	Beziehungen mit der Türkei	11
	Innenpolitische Entwicklungen	12
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften	13
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	13

FES NEWS

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –

[Twitter.com/FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - www.fescyprus.org - www.facebook.com/FESCyprus

Zum Abonnieren des kostenlosen Newsletters schicken Sie bitte eine Mail an
FESPaparoditi@gmail.com

1. Das Zypernproblem

Im Oktober machte ein neues Lösungsmodell für das Zypernproblem Schlagzeilen. Auf einer Sitzung des Nationalrates in dem unter anderem die Parteivorsitzenden aller im Parlament vertretenen Parteien Teilnehmer sind, schlug Präsident Nicos Anastasiades am 8. Oktober als Option zur Lösung des Zypernproblems eine „lose Föderation“ - einen Bundesstaat mit wenigen Kompetenzen für die Zentralregierung - oder wohl anders formuliert aber gleich gemeint „eine dezentralisierte Föderation“ vor. Die Idee einer losen Föderation war nach Anastasiades' Rückkehr aus New York von ihm lanciert worden. Dort hatte er im September der Generalversammlung der Vereinten Nationen beigewohnt und sich mit dem türkischen Außenministers Mevlut Cavusoglu getroffen. Laut der türkisch-zypriotischen Tageszeitung KIBRIS POSTASI hat Mustafa Akinci bereits verdeutlicht, dass er eher sein Amt niederlegen würde, als ein anderes Lösungsmodell als das einer Föderation auf die Tagesordnung zu setzen. Der Außenminister der TRNZ¹, Kudret Ozersay, wies ebenfalls die Idee einer losen Föderation zurück, wenn diese lediglich in

Betracht gezogen worden sei, „... weil die [griechisch-zypriotische] Seite Schwierigkeiten damit hat, die Macht mit uns zu teilen, und deshalb sagt, dass die türkischen Zyprioten von der aktiven und effektiven Beteiligung in der Entscheidungsfindung ausgeschlossen werden sollen“. In einem Interview mit der türkischen Nachrichtenagentur ANADOLU NEWS AGENCY vom 23. Oktober wies der türkische Außenminister Cavusoglu jedoch darauf hin, dass die Türkei offen für alternative Lösungen sei. Gleichzeitig betonte er aber, dass noch vor einer neuen Gesprächsrunde entschieden werden müsse, ob die angestrebte Lösung auf einer Föderation, einem Staatenbund, einer Zwei-Staaten Lösung oder einem anderen System basieren solle.

In seiner Antwort auf eine Stellungnahme des türkischen Außenministers Mevlut Cavusoglu, in der dieser von Zusammenkünften mit allen, also auch den griechischen Zyprioten in New York, berichtet hatte, verkündete Akinci am 5. Oktober, dass es „selbstverständlich und notwendig“ für die Garantiemächte der Insel sei, sich mit „anderen beteiligten Parteien“ zu treffen. Dabei riet er jedoch zur Vorsicht: „Zum einen könnte, falls diese Treffen regelmäßig stattfinden sollten, der Eindruck entstehen, dass die türkisch-zypriotische Seite davon ausgeschlossen sei ... Es sollte nicht der Eindruck entstehen, die türkischen Zyprioten seien lediglich ein unbedeutendes nebensächliches Detail.“ In der zweiten Monatshälfte wurde bestätigt, dass sich der griechisch-zypriotische Präsident Nicos Anastasiades am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen im September in der Tat mit dem türkischen Außenministers Mevlut Cavusoglu in New York getroffen hatte.

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Der griechisch-zypriotische Regierungssprecher Prodromos Prodromou bestätigte Berichte über die Zusammenkunft. Wenige Tage später äußerte sich Akinci in den sozialen Netzwerken zu Kommentaren, Ankara habe ihn im Verhandlungsprozess außen vorgelassen. Nachdem er auf die Gefahren hingewiesen habe, die entstehen könnten, falls die Türkei und die griechisch-zypriotischen Behörden die Häufigkeit ihrer Kontakte steigern würden, sei in unzähligen Kommentaren seine Position in Frage gestellt worden. *„In den meisten Bemerkungen wurde zum Ausdruck gebracht, dass ich, der Volksgruppenführer der türkischen Zyprioten, im Verhandlungsprozess an den Rand gedrängt wurde. Vor dem Hintergrund des Zypernproblems haben die türkischen Zyprioten mich zu ihrem Volksgruppenführer und Präsidenten gewählt und mit entsprechenden Vollmachten ausgestattet. Nur das Volk hat die Macht, mich aus diesem Amt zu entlassen. Alles andere ist leeres Geschwätz“*, betonte er.

Am 15. Oktober legte UN-Generalsekretär Antonio Guterres dem UN-Sicherheitsrat den mit Spannung erwarteten Bericht seiner Guterres-Dienste-Mission auf Zypern vor. Darin vermerkte Guterres, dass die *„...Aussichten auf eine umfassende Lösung zwischen den Volksgruppen auf der Insel immer noch vorhanden sind“*. Guterres beauftragte darüberhinaus die UN-Sondergesandte für Zypern, Jane Hall Lute, vor Wiederaufnahme der formellen Verhandlungen eine Sondierungsmission durchzuführen, in der sie die Bereitschaft beider Seiten, neue Vorschläge zu unterbreiten, untersuchen solle. Insbesondere betonte der Generalsekretär: *„... die anhaltende Unterstützung für einen ergeb-*

nislosen Prozess liegt hinter, nicht vor uns ... Ich bemerke ein weitgehendes Einvernehmen, dass ein unveränderlicher Status Quo – beispielsweise das Fehlen einer Lösung des Zypernproblems - nicht mehr tragbar ist“. Was die Nutzung der Bodenschätze (Gasvorkommen) betreffe, so sollten laut Guterres *„... beide Volksgruppen davon profitieren ... [die Gasvorkommen] sollten allen beteiligten Parteien einen starken Anreiz bieten, ernsthaft für eine annehmbare und nachhaltige Lösung zusammenzuarbeiten“*. Des Weiteren hob er hervor, dass Anstrengungen unternommen werden sollten, in den kommenden Monaten unnötige Eskalationen zu vermeiden und den Dialog in dieser Frage fortzusetzen. Inmitten von Enthüllungen, die darauf hinweisen, dass die griechisch-zypriotische Regierung und die Türkei ein bi-kommunales, bizonales Föderationsmodell ablehnen würden und in deutlichem Gegensatz zu seinen früheren Berichten, erwähnte Guterres weder eine bi-kommunale, bi-zonale Föderation als Lösungsmodell, noch die Annäherung, die Mustafa Akinci und Nicos Anastasiades in früheren Verhandlungen erzielt hatten. Er verwies lediglich auf seinen 6-Punkte-Rahmenplan.

Beide zyprische Seiten pickten sich die Teile des Berichts des UN-Generalsekretärs heraus, in denen sie ihre jeweiligen Standpunkte vertreten sahen. Die griechisch-zypriotische Seite verwies darauf, dass der Guterres-Bericht betone, dass ein neuer Versuch gut vorbereitet sein müsse und dass Spannungen bezüglich der Gasvorkommen vermieden werden sollten. Die türkisch-zypriotische Seite war hocheifrig, dass der Bericht ihre Sicht der Dinge – der Prozess

dürfe nicht endlos dauern und solle außerdem ergebnisorientiert sein –teile.

Am 25. Oktober übergaben Vertreter des Weltgewerkschaftsbundes (WGB) und der Bi-kommunale Friedensinitiative beiden Volksgruppenführern eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Dringlichkeit einer Lösung des Zypernproblems hervorhoben. Die Gewerkschaften forderten außerdem, die Gespräche zur Lösung des Problems so schnell wie möglich wieder aufzunehmen.

Als Teil der vertrauensbildenden Maßnahmen war die Öffnung der Übergänge Dherynia und Lefka von beiden zypriotischen Volksgruppenführern angekündigt worden. In einer gemeinsamen Stellungnahme wurde nach einem Treffen zwischen Akinci und Anastasiades am 26. Oktober bekanntgegeben, dass man die Öffnung der Übergänge Lefka und Dherynia am 12. November beschlossen habe.

Während des Treffens erläuterte Anastasiades Akinci seine Position zur Dezentralisierung im Rahmen einer losen Föderation. Damit könne eine funktionierende langfristige Lösung geschaffen werden, die voll und ganz im Einklang mit den Anforderungen der EU an ihre Mitgliedsstaaten stehe. Berichten zufolge brachte Anastasiades Akinci gegenüber zum Ausdruck, dass eine Dezentralisierung das Vertrauen der türkischen Zyprioten wiederherstellen könne, dass die griechisch-zypriotische Mehrheit ihre Macht nicht missbrauchen werde. Andererseits könnten so griechisch-zypriotische Bedenken zerstreut werden, dass die Notwendigkeit einer Zustimmung durch die

türkischen Zyprioten den Staat nicht funktionsunfähig mache. Akinci drückte nach seiner Rückkehr von dem Treffen seine Zufriedenheit bezüglich der Öffnungen der beiden Übergänge zwischen beiden Teilen Zyperns aus. Akinci zufolge habe Anastasiades versichert, dass seine Überlegungen weder außerhalb der Rahmenbedingungen der Vereinten Nationen noch jenseits einer bi-zonalen, bi-kommunalen, föderalen Lösung seien. Jedoch wolle er „... ein Modell evaluieren, in dem eine Zentralregierung weniger Macht und die beiden Gliedstaaten mehr Kompetenzen haben.“

Im Verlauf des Monats trafen sich Parteiführungen und Regierungsangehörige beider Seiten zu inoffiziellen Gesprächen. Der DISY-Vorsitzende Averof Neophytou konferierte mit Kudret Ozersay, mit dem türkisch-zypriotischen Premierminister und Präsident der republikanisch türkischen Partei (CTP), Tufan Erhurman, und dem Erziehungsminister und Parteivorsitzender der sozialdemokratischen Partei (TDP), Cemal Ozyigit. Des Weiteren sprach Neophytou mit dem ehemaligen türkisch-zypriotischen Verhandlungsführer Ozdil Nami. Ozersay tauschte sich mit dem griechisch-zypriotischen Verhandlungsführer Andreas Mavroyiannis aus.

Die UN-Sondergesandte für Zypern, Jane Holl Lute, traf sich am 31. Oktober zu separaten Gesprächen mit den beiden Volksgruppenführern der Insel. Laut Regierungssprecher Prodromos Prodromou bekräftigte Lute während des Treffens mit Anastasiades den Standpunkt des UN-Generalsekretärs, dass die Parteien so schnell wie möglich eine Einigung über die

Bedingungen für die Wiederaufnahme der Gespräche erzielen sollten. Anastasiades begrüßte die Position des UN-Generalsekretärs, dass eine gründliche Vorbereitung notwendig sei und legte dar, wie man seiner Meinung nach einer funktionierenden Lösung durch Dezentralisierung erreichen könne, ohne dabei die Grundlage der Verhandlungen zu verändern. Nach dem Gespräch Lutes mit Akinci veröffentlichte der Regierungssprecher der TRNZ, Baris Burcu, eine kurze Stellungnahme, in welcher erklärt wurde, dass es keine Verhandlungen mit offenem Ende mehr geben dürfe. Ein Ergebnis sei zwingend. *„Bei der Lösung haben politische Gleichheit und effektive Beteiligung [höchste] Wichtigkeit“*, betonte er. Lute selbst gab keine Erklärung nach den Treffen mit den beiden Volksgruppenführern ab. Die UN-Sondergesandte war auf Verlangen von Guterres zu einer weiteren Erkundungsmission auf die Insel gekommen. Ihr Auftrag war es, im Vorfeld der Aufnahme offizieller Verhandlungen den Verhandlungswillen beider zyprischer Parteien zu ermitteln und die jeweilige Offenheit gegenüber neuen Ideen bezüglich einer umfassenden Lösung zu eruieren.

Der türkisch-zypriotische Bürgermeister Nikosias, Mehmet Harmanci, verkündete, dass seine Kommunalverwaltung bereit sei, die Verantwortung für zwei weitere Übergänge am Famagusta und am Paphostor zu übernehmen. In diesem Zusammenhang merkte er an, dass er gemeinsam mit seinem griechisch-zypriotischen Amtskollegen Constantinos Yiorkadjis in der Vergangenheit Briefe an beide Volksgruppenführer geschickt habe und dass man übereingekommen sei, so viele Übergänge wie möglich zu öffnen.

Deutschland hat dem Komitee für die Vermissten (CMP) 100.000€ gespendet. Die finanzielle Unterstützung der Bundesrepublik seit dem Jahr 2006 beläuft sich auf insgesamt 600.000€. Deutschland rangiert laut einer Stellungnahme des CMP somit auf Platz 5 der Geberländer für den Fond.

2. Gasvorkommen

Energieminister Yiorgos Lakkotrypīs verkündete am 1. Oktober, dass Zypern nach Biestern für ein 300-Millionen-Euro teures Infrastrukturprojekt für Erdgasimporte suche. Es handle sich dabei um eine schwimmende Wiederverdampfungsanlage, eine Anlegestelle, eine Pipeline zum Kraftwerk Vassilikos und Speicherkapazitäten. Darüberhinaus beschloss das Kabinett, Energiekonzerne zur Abgabe eines Angebots bezüglich Block 7 der Exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ) aufzufordern. Die Ausschreibung wendet sich an Konzerne, deren Konzessionen an die Nachbarblöcke 6, 8, 10 und 11 grenzen. Die Regierung wählte diese Option statt einer neuen Lizenzverteilungsrunde angeblich wegen *„...besonderer geologischer Gegebenheiten, die mit dem Calypso-Fund [in Block 6] zusammenhängen“*.

Am 5. Oktober veröffentlichte das staatliche Gasunternehmen Zyperns DEFA (Cyprus' natural gas public company) die Ausschreibungsunterlagen für Design, Bau und Betrieb eines Flüssigerdgas (LNG) Importterminals, das in Vassilikos angesiedelt werden wird. Das LNG-Terminal soll bis 2020 fertiggestellt werden. 40% der Kosten,

also 101 Millionen Euro, werden von der EU finanziert werden.

Im Anschluss an ein Treffen mit Präsident Anastasiades bestätigte der leitende Vizepräsident von EXXON MOBIL, Neil Chapman, dass der Konzern plane, im 4. Quartal 2018 Explorationsbohrungen in Block 10 der Exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ) vorzunehmen. Ein genauer Termin stehe noch aus.

Das 6. Dreiländer-Gipfeltreffen zwischen Griechenland, Zypern und Ägypten fand am 10. Oktober im kretischen Elounda statt. Nach der Konferenz wurde die Türkei in einer offiziellen Erklärung aufgefordert, alle rechtswidrigen Aktivitäten in den Seegebieten Zyperns einzustellen und ähnliche Handlungen in Zukunft zu unterlassen.

Am 10. Oktober bekundete ein Konsortium aus vier Investoren sein Interesse am Bau einer Pipeline, die Erdgas von Zypern nach Ägypten transportieren soll. Die Namen der Investment-Firmen wurden nicht offengelegt.

Am 22. Oktober zitierte BAYRAK, die nationale Rundfunk- und Fernsehgesellschaft der TRNZ, den türkischen Präsidenten Recep Tayip Erdogan mit der Aussage, die Energiepläne der zyprischen Regierung seien zum Scheitern verdammt. Die Türkei werde weiterhin sowohl vor Ort als auch auf diplomatischem Weg „... entschieden auf die Zumutungen [im östlichen Mittelmeer] reagieren“. Auch Kudret Ozersay erklärte in einem Interview mit der Tageszeitung PHILELEFTHEROS, dass die Türkei auf die Probebohrungen des US-Energieriesen EXXON MOBIL im späteren Jahresverlauf reagieren

werde, selbst wenn es zu Friedensverhandlungen in Zypern kommen sollte. Berichten zufolge stoppte die türkische Marine am 18. Oktober eine griechische Fregatte, die das türkische seismische Messschiff Barbaros Hayreddin Pasa „belästigte“, als dieses in der Exklusiven Wirtschaftszone Zypern (EEZ) im Südwesten der Insel an den Blöcken entlangfuhr. Eine griechische Verteidigungsquelle bestritt, dass es einen Vorfall gegeben habe, bestätigte jedoch, dass Griechenland die Aktivität der Barbaros beobachtet habe. Die zyprische Regierung schwieg weitestgehend zu der Angelegenheit.

Am 29. Oktober führte nach türkischen Angaben das türkische Schiff Fatih im östlichen Mittelmeer Bohrungen durch. Eine genaue Position war nicht mitgeteilt worden. Ozersay sagte: *“Dies sollte als faktische Änderung der Spielregeln wahrgenommen werden, ... als Paradigmenwechsel“*. In der Vergangenheit habe sich die Antwort der türkisch-zyprischen Seite [auf die einseitigen Erkundungsbohrungen der griechischen Zyprioten im östlichen Mittelmeer] auf Proteste beschränkt. Dies habe dazu geführt, dass sich die Situation zum Nachteil der türkischen Seite entwickelt habe. *„Mit dem türkischen Bohrschiff vor Ort können wir nun unsere Rechte schützen“*, fügte er hinzu. In diesem Kontext betonte der türkische Pressesprecher des türkischen Präsidenten, Ibrahim Kalin, dass die Türkei niemals ihre Rechte an den Bodenschätzen im östlichen Mittelmeer, die durch internationales Recht geschützt seien, aufgeben würde. Verteidigungsminister Hulusi Akar wurde unterdessen wie folgt zitiert: *„Wir haben unsere Ansprechpartner bei jeder Gelegenheit klar und offen informiert, dass wir ent-*

geschlossen sind, die Rechte der Türkei und der TRNZ zu schützen und dass der Verzicht auf diese Rechte ausgeschlossen ist“.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 20. Oktober stufte die Rating-Agentur Fitch das Länderrating Zyperns auf Anlagebonität herauf. Die Einstufung wurde, von ‚BB+‘ auf ‚BBB‘ mit stabilem Ausblick erhöht, da die Insel einen Haushaltsüberschuß von 2,7% in 2018 und kontinuierliches Wachstum erwarte. Das Upgrade folgte dem von Standard und Poor’s im September.

Laut der Zentralbank von Zypern (CBC) sanken die notleidenden Kredite im zyprischen Bankensystem Ende Juni auf 40,3% der Summe aller Darlehen. Dies markiert, verglichen mit Ende März 2018, eine Verringerung um €3,28 Milliarden. Seit Ende Dezember 2014 sanken sie um €10,7 Milliarden oder 39,1%.

Am 9. Oktober überreichte Finanzminister Harris Georgiades dem Präsidenten des Repräsentantenhauses, Demetris Syllouris, den Haushaltsetat 2019. Der Staatshaushalt sieht Einnahmen von 8,5 Milliarden Euro und Ausgaben von 7,9 Milliarden Euro vor und würde so einen Haushaltsüberschuß von 3% kreieren.

Laut Eurostat verzeichnete Zypern den größten jährlichen Rückgang der Arbeitslosenzahlen in der EU. Die Arbeitslosenquote sank von 10,2% im September 2017 auf 7,4% im September

2018. Auch im August hatte die Rate 7,5% betragen. Derzeit sind annähernd 32.000 Personen ohne Beschäftigung.

Innenpolitische Entwicklungen

Nachdem der Präsident am 8. Oktober dem Nationalrat seine Idee einer „losen Föderation“ - dargelegt hatte, wurden – trotz der Zusicherung, dass dies ausschließlich die Kompetenzen der Zentralregierung betreffen werde - Bedenken laut, die Regierung könne ihre Politik bezüglich des Zypernproblems ändern. Die wichtigste Oppositionspartei, die Fortschrittliche Partei des arbeitenden Volkes, AKEL, warnte, dass es gefährlich sei, von einer dezentralisierten Föderation zu sprechen. Dies könne extrem negative Auswirkungen nach sich ziehen. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei DIKO, Nicolas Papadopoulos, forderte Anastasiades auf, zu erläutern, was er mit dem Begriff meine. Allerdings gab er zu bedenken, dass eine Diskussion darüber von der Türkei als Vehikel für eine „samtene Scheidung“² missbraucht werden könne.

Am 21. Oktober gründete der ehemalige Parteivorsitzende der DIKO, Marios Garoyian, eine neue politische Partei: die Demokratische Front (Dimokratiki Parataxi) DiPa. Dem Gründungsauftrag der Partei, die sich größtenteils aus DIKO-Dissidenten zusammensetzt, zufolge sollte die Partei das politische Vakuum füllen, welches aufgrund der vorherrschenden extremen politi-

² Dieser Ausdruck bezieht sich wohl auf die sogenannte „samtene Scheidung“ der Tschechen und Slowaken und dem Ende der Tschechoslowakei 1993.

schen Positionen, die wiederum eine gemäßigte Politik zunichtemachen würden, entstanden sei. Die DiPa wurde von ehemaligen Parteianghörigen der DIKO gegründet, die entweder im vergangenen Februar aus der Partei gedrängt wurden, weil sie den Vorsitzenden Nicolas Papadopoulos bei den Präsidentschaftswahlen nicht unterstützten, oder solchen, die die Partei nach dem Massenausschluss der hochrangigen Mitglieder verlassen hatten. Was das Zypernproblem betreffe, sagte Garoyian, könne die aktuelle Situation, die Fortsetzung des Status quo, so nicht bestehen bleiben. Eine Lösung sollte die Tatsache in Betracht ziehen, dass das Zypernproblem durch eine Invasion von außen und eine noch immer andauernde Besetzung entstanden sei, die gegen internationales Recht und die Menschenrechte verstoße. Den UN-Rahmenplan, der als Ergebnis aus den gescheiterten Verhandlungen in Crans Montana hervorging, bezeichnete Garoyian jedoch als vernünftige Diskussionsgrundlage.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Nachdem die Fluggesellschaft COBALT AIR überraschend am 17. Oktober 2018 ihren Dienst eingestellt hatte, gaben die Mitarbeiter eine Erklärung ab. In dieser appellierten sie an alle zuständigen offiziellen Stellen, der Vorgehensweise des leitenden Direktors des Verkehrsministerium entgegenzutreten, und der Fluggesellschaft Gelegenheit zu geben, nach möglichen Lösungen zur Unterstützung der ungefähr 300 direkt betroffenen Angestellten und der weiteren ca. 200 indirekt betroffenen Personen zu suchen. COBALT AIR hatte den Flugbetrieb

aufgrund von Zahlungsproblemen einstellen müssen, widersetzt sich jedoch dem drohenden Lizenzzug durch das Verkehrsministerium. Die Gewerkschaften sind bereit, die Mitarbeiter zu unterstützen, sollten deren Gehälter ausbleiben. Die Arbeitgeberorganisation OEB und die zyprische Industrie- und Handelskammer (CCCI) hoffen jedoch, dass Investoren und ausreichend finanzielle Mittel gefunden werden, damit die Gesellschaft den Flugbetrieb wieder aufnehmen kann.

Am 17. Oktober legten die Mitarbeiter bei P&O Maritime Cyprus für zwei Stunden die Arbeit nieder, am darauffolgenden 18. Oktober wurde beim Terminalbetreiber EUROGATE gestreikt. Die Arbeitsniederlegungen waren ein Protest gegen die Verzögerung der Tarifverhandlungen und die ausbleibende Erneuerung des Tarifvertrags für 80 Mitarbeiter aus vier Fachbereichen. Gleichzeitig thematisierten die Demonstranten Fragen des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz. Nach intensiven Beratungsgesprächen mit der Abteilung für Arbeitsbeziehungen im Arbeitsministerium beschlossen die Hafendarbeiter, den für den 23. Oktober geplanten 24-stündigen Streik in den Häfen von Limassol und Larnaca auszusetzen. Die Dockarbeiter kündigten an, dass Warnstreiks unvermeidlich sein würden, sollten bei den Verhandlungen mit dem Ministerium keine positiven Resultate erzielt werden.

Am 17. Oktober gab die Gewerkschaft PEO eine Erklärung anlässlich des von den Vereinten Nationen ausgerufenen „Internationalen Tages zur Bekämpfung der Armut“ ab. Laut Eurostat liegt Zypern mit an der Spitze der Länder, in denen

die Armut in der Bevölkerung prozentual am stärksten wächst. Die Quote der von Armut bedrohten Zyprioten lag bei 25,2% verglichen mit 23,3% im Jahr 2008. Hierbei handelt es sich um den Prozentsatz relativer Armut, deren Berechnung auf der Basis des durchschnittlichen Lebensstandards erfolgt. Der allgemeine Wohlstand ist infolge der Wirtschaftskrise insgesamt gesunken. Laut PEO sind Langzeitarbeitslose, Arbeitskräfte im Niedriglohnsektor, Rentner, Alleinerziehende und Zuwanderer am meisten von Armut bedroht. Als wirksame Maßnahmen zur Armutsbekämpfung schlägt PEO folgendes vor: (1) Die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen mit geregelten Arbeitsbedingungen. (2) Eine Gesetzgebung, die Arbeitgeber verpflichtet, sektorische Tarifverträge zu übernehmen. (3) Vereinbarungen und Vorgehensweisen, in denen im Rahmen eines trilateralen Dialogs Mindeststandards der Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer, die keinen Tarifverträgen unterliegen, festgesetzt sind. (4) Zusätzliche Maßnahmen in der Familienpolitik, Aufstockung von Sozialleistungen und Erweiterung von Dienstleistungen für berufstätige Eltern für Unterricht, Versorgung und Schutz der Kinder. (5) Unterstützung der Kommunalverwaltungen in deren Sozialpolitik. (6) Überprüfung der staatlichen Sozialpolitik hinsichtlich des garantierten Mindestlohns, um Effizienz und Angemessenheit zu steigern.

Die Gewerkschaft SEK forderte in einer Stellungnahme das Parlament auf, ausstehende Rechtsvorschriften bezüglich nicht-angemeldeter Arbeit zu beschließen. Auch Verordnungen für die Einsetzung von Inspektoren, die als eigenständige Dienstleister tätig sein wollten, stünden noch aus. Deren Zuständigkeiten und

Befugnisse müssten erweitert werden, um Schwarzarbeit durch gezielte Nachprüfungen überwachen zu können. Der Gesetzesentwurf verzögert sich immer wieder, da Arbeitgeberorganisationen gegen die ‚konzentrierte Macht‘ in den Händen dieser neuen Inspektoren protestieren.

Die Gewerkschaften in der Hotelbranche beschwerten sich offiziell über die Regierung und das Parlament, die sich für ein neues ‚heimliches‘ Gesetz einsetzen würden, das indirekt zur Deregulierung der Arbeitsverhältnisse in der Hotelbranche führe. Die neue Verordnung würde Hoteliers dazu berechtigen, bestimmte Dienstleistungen an Dritte zu übertragen. In einer gemeinsamen Erklärung vermeldeten SEK und PEO am 18. Oktober, dass zu ihrer beider großen Überraschung aktuell eine Änderung des Gesetzes zu Gründung und Betrieb von Hotels diskutiert werde, in dem es auch um Grundrechte der Arbeitnehmer gehe. Die Gewerkschaften drückten ihren Unmut darüber aus, nicht über die vorgeschlagenen Änderungen informiert worden zu sein, welche die Arbeit und das Leben tausender Hotelmitarbeiter betreffen. Die Gewerkschaften befürchten, dass darüber hinaus die bestehenden Regeln mit dem vorgeschlagenen neuen Gesetz wieder abgeschafft werden. Die aktuellen Vorschriften verpflichten die Hotelbetreiber, ausreichend qualifiziertes Personal pro Berufsgruppe einzustellen, um den Gästen hochwertige Dienstleistungen zu bieten. Die Gewerkschaften drohten mit Streiks, falls das neue Gesetz in Kraft treten sollte.

Die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und der Regierung bezüglich der unbefristet beschäftigten Mitarbeiter dauern an. Zwei Fragen sind im Moment noch offen: Zum einen scheint die Frage der Zusatzversicherung durch die Einbindung der Arbeitnehmer in den neuen Provident Fund, auf die man sich bereits geeinigt hat, weitestgehend gelöst. Die Bereitstellung staatlicher Fördermaßnahmen ist bisher jedoch nicht erfolgt. Dieses Problem kann nur mittels einer Gesetzesänderung behoben werden, die den Beschäftigten den gleichen Status wie einem Staatsbediensteten zugesteht. In den vergangenen zwei Jahrzehnten stieg der Anteil irregulär Beschäftigter im öffentlichen Sektor auf Kosten der regulären Arbeitnehmer auf aktuell circa ein Drittel.

Ungeachtet der Tatsache, dass viele der zunächst befristet Beschäftigten eine Reihe von Rechten erworben haben, bleibt die Dualität der Belegschaft bestehen. Die Regierung versprach kürzlich der Gewerkschaft für den Öffentlichen Dienst, PASYDI, das Problem zu lösen, doch wird dies als schwierig erachtet, da es verfassungsrechtliche Probleme gibt.

Polizisten der Sondereinheiten verlangen gegenüber festangestellten Polizeibeamten Gleichbehandlung. Ihre Forderungen werden derzeit im Rechtsausschuss des Abgeordnetenhauses diskutiert. Zusätzlich fordern sie eine Gleichstellung hinsichtlich der Altersruhegeldzahlung, Gratifikationen und Schadensersatzzahlungen im Todesfall während des Dienstesatzes.

Das Ungleichgewicht zwischen Beziehern hoher Einkommen und den niedrigen Einkommenschichten in Zypern bleibt hoch. Die Einkommen der reichsten 20% sind fünfmal so hoch wie die der ärmsten 20%. Laut Statistischem Amt lag der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst im zweiten Quartal 2018 bei geschätzten 1.827 Euro verglichen mit 1.801 Euro im Vergleichs-Quartal 2017.

Das Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit hat die Verhütung von Unfällen am Arbeitsplatz ganz oben auf seine Prioritätenliste gesetzt, verkündete Ministerin Zeta Aimilianidou. Eine der Maßnahmen sei die Erlassung zweier Verordnungen zu ärztlichen Kontrolluntersuchungen von Hafendarstellern und Personen, die mit Asbest arbeiteten. Ein weiterer Schritt sei die Förderung von Rechtsvorschriften zu Bußgeldern. Die Anträge seien bereits eingebracht und würden im Parlament diskutiert.

Am 31. Oktober traten die Arbeiter der Abwasserentsorgung in Nikosia als Antwort auf die ‚Demontage‘ ihrer Dienstleistungen in einen 24-stündigen-Streik. Ihr Arbeitsbereich war in den Privatsektor verlagert worden.

Mitarbeiter der Firma „Ten Group Services and J & P Overseas“ traten am 31. Oktober in einen unbefristeten Streik, um die vom Arbeitgeber geschuldeten Löhne und Unterstützungsleistungen einzufordern. Trotz mehrfacher Bitten um einen Termin seitens der Gewerkschaft weigerte sich das Unternehmen, Kontakt mit Gewerkschaftsvertretern aufzunehmen. Es kam zu Straßenprotesten.

4. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Die Staatliche Planungsorganisation bezifferte die monatliche Inflationsrate im September auf 6,20%. Die 12-Monatsrate lag bei 37,23%.

Während Premierminister Tufan Erhurman darauf verwies, dass die Bemühungen der Regierung, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden, andauerten, bemerkte er gleichzeitig, dass man noch immer auf finanzielle Unterstützung aus der Türkei warte. Diese verspätete sich wegen der Umstrukturierung im türkischen Regierungssystem.

Die Türkei sei „...nicht länger ein Ort, dem man das Geld aus der Tasche ziehen kann, vielmehr einer für Strategie und Planung“, entgegnete Finanzminister Serdar Denktas gegenüber Kritikern, die die Regierung dafür verantwortlich machen, dass sie keine Gelder für die Bewältigung der Wirtschaftskrise in Nordzypern aus Ankara erhalten. Schwankungen bei Zinssätzen und Währungskursen lägen jenseits staatlicher Kontrolle. Man habe versucht, den Bürgern durch Umschuldungen und Übergangsregelungen einige „Erleichterungen“ zukommen zu lassen. Der Preisstabilisierungsfonds sei jedoch aufgebraucht. Man könne nun nicht mehr bezüglich der Benzinpreise eingreifen, werde aber natürlich versuchen, die Bevölkerung „... mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen“ zu unterstützen. Trotz einer Reihe von Verzögerungen zu Jahresanfang bei der Aktivierung des Haushaltsbudgets 2018 und bei der Unterzeichnung des letzten Wirtschaftsprotokolls mit

der Türkei, habe, so Denktas, die Regierung keine Schwierigkeiten gehabt, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Denktas merkte an: *„Dies sollte anerkannt werden. Die Opposition versucht jedoch zu punkten, indem sie Probleme aufzeigt, die überhaupt nicht existieren“*.

Beziehungen mit der Türkei

Der stellvertretende Premierminister und Außenminister Kudret Ozersay stattete auf Einladung seines türkischen Amtskollegen Mevlut Cavusoglu Ankara einen zweitägigen Arbeitsbesuch ab.

Fikri Ataoglu, Minister für Tourismus und Umwelt, traf sich mit dem türkischen Minister für Umwelt und Stadtplanung, Murat Kurum, in Ankara. Ataoglu gab die Veröffentlichung einer Ausschreibung für ein automatisches Schmutzwasserüberwachungssystem für den Norden bekannt. Auch wolle man den Blaue-Flagge-Standard – den höchsten ökologischen Standard für Sauberkeit von Meer und Strand - an allen Stränden des Landes erreichen. Der Minister hob hervor, dass man bereits am Erwerb eines mobilen Laboratoriums zum Test von Kontaminationen im Meerwasser arbeite. Man habe die türkische Regierung um Unterstützung bei diesem Vorhaben gebeten. Kurum seinerseits bot die Entsendung eines Expertenteams an, das die Strände der TRNZ gemeinsam mit Mitarbeitern der Umweltschutzbehörde untersuchen könne. Der türkische Minister stimmte zu, dass ein mobiles Laboratorium eine gute Geldanlage sei, und dass sein Ministerium der TRNZ ein solches finanzieren könnte.

Innenpolitische Entwicklungen

Auf Empfehlung eines parlamentarischen Unterausschusses wurde die Immunität des stellvertretenden Vorsitzenden der Partei der Nationalen Einheit (UBP), Aytac Caluda, aufgehoben. Die Generalstaatsanwaltschaft berichtete, dass Caluda während seiner Zeit als Privatsekretär des Ministers für Arbeit (und Soziale Sicherheit) Verluste in Höhe von 230.000TL verursacht habe.

Der stellvertretende Premierminister und Außenminister Kudret Ozersay verwies darauf, dass die mangelnde Kommunikation zwischen Polizei und Generalstaatsanwaltschaft in der Vergangenheit phasenweise als Entschuldigung herangezogen worden sei, wenn Untersuchungen bei Korruptionsverdacht nicht zu Ende geführt wurden. Dieses Problem sei jedoch mittlerweile durch den Einsatz einer Sonderkommission zur Bekämpfung von Korruption gelöst worden. Die Arbeit dieser Spezialeinheit erfolge unter der Aufsicht eines Staatsanwaltes, sagte Ozersay. So arbeite man als eine Einheit Hand in Hand, was den Prozess beschleunigen helfe. „...*Es ist ein harter Kampf. Es gibt diejenigen, die gegen eine Bekämpfung der Korruption innerhalb des Staates sind. Sie versuchen den Prozess entweder zu verlangsamen oder ganz zu verhindern. Diese Leute werden mit Sicherheit den Preis bezahlen, den das Gesetz hierfür vorsieht. Wir stellen uns dieser Aufgabe. Wir haben vor niemandem Angst*“, erklärte Ozersay.

Der 21. ordentliche Kongress der wichtigsten Oppositionspartei, der Nationalen Einheitspartei (UBP), fand am 27. und 28. Oktober statt.

Der derzeitige Amtsinhaber Huseyin Ozgurgun (Nikosia MP), sowie Ersin Tatar (Nikosia MP), Faiz Sucuoglu (Nikosia MP) und Sunat Atun (Famagusta MP) konkurrierten um die Parteiführung. Von den 7.002 abgegebenen Stimmen fielen auf Tatar 2.592, der damit Platz 1 belegte, gefolgt von Ozgurgun, der 2.005 erhielt. Da keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erzielte, wurde ein zweiter Anlauf für die darauffolgende Woche festgesetzt. Ozgurgun zog jedoch seine Kandidatur zurück und Tatar wurde zum neuen Parteivorsitzenden ernannt.

Am 28. Oktober wurden im Norden der Insel, genauso wie im übrigen Europa, die Uhren um eine Stunde zurückgestellt, ungeachtet der Entscheidung der Türkei, die – im dritten Jahr in Folge – die Sommerzeit beibehielt. Dies bedeutet, dass die TRNZ und die Türkei wieder eine Zeitdifferenz von einer Stunde im Winter haben werden. Zwischen beiden Teilen der Insel wird es hingegen keinen Zeitunterschied geben.

In zehn Jahren werden sich die griechischen Zyprioten als Nachbarn der Türkei wiederfinden, sagte Dogus Derya von der Republikanisch Türkischen Partei (CTP) in einem Interview mit der griechisch-zypriotischen Tageszeitung Phileleftheros. Derya erklärte, dass sich die demographische Struktur in der TRNZ innerhalb der letzten 10 Jahre verändert habe. Nach dem nächsten Jahrzehnt würden die griechischen Zyprioten kein türkisch-zypriotisches Gegenüber mehr finden, mit dem sie verhandeln könnten. Durch die internationale Isolierung sei die wirtschaftliche Abhängigkeit der türkischen Zyprioten von der Türkei ständig gewachsen. Dies

hätte politische Abhängigkeit und kulturelle Assimilation mit sich gebracht. Derya machte dennoch geltend, dass die meisten türkischen Zyprioten noch immer eine Zukunft auf einer wiedervereinigten Insel bevorzugen würden, trotz ihrer Ängste und Bedenken, wie das umzusetzen sei. Sie hielten an dem Glauben fest, dass eine bi-kommunale, bi-zonale Föderation, die auf politischer Gleichheit beider Volksgruppen basiere, die beste Lösung sei.

In einer Grundsatzentscheidung hat ein türkisch-zypriotisches Gericht entschieden, dass die Polizei im Jahr 2011 mit ihrem Eingreifen während einer Demonstration gegen den damaligen türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan Grundrechte und Grundfreiheiten verletzt habe. Ausgehend von Artikel 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention, die das Recht auf friedlichen Protest festschreiben, befand Richterin Mine Gucluer Ozankaya die Polizei der Verletzung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie der Körperverletzung, widerrechtlichen Inhaftierung, und Freiheitsberaubung für schuldig.

Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften

Die Gewerkschaftsplattform demonstrierte vor dem Innenministerium gegen die Ansiedelungspolitik der Türkei. *„Den türkischen Zyprioten droht, aufgrund des systematischen Bevölkerungstransfers [seitens der Türkei] eine Minderheit zu werden“*. Aufgrund der demographischen Veränderung hätten sich das Arbeits- und das gesellschaftliche Leben verändert. Straftaten einschließlich Belästigung, Vergewaltigung und Gewalt hätten zugenommen. Die

TRNZ sei zu einem Land geworden, in dem Kriminelle, die von Interpol gesucht würden, unbehelligt leben könnten. Die Tageszeitungen seien voll mit Berichten über Gewaltverbrechen. Die Menschen fühlten sich nicht mehr sicher.

5. FES Zypern Veranstaltungen

November

Donnerstag, 08. November 2018, 18:30 – 20:30

Unite Cyprus Now / FES
Kampagne

„What were you doing...?“

Goethe-Institut, UN Pufferzone, Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Freitag, 09. November 2018, 9:00 – 18:00 Uhr

PRIO / FES
Konferenz

BREXIT and its Implications for Cyprus

Goethe-Institut, Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Dienstag, 13. Nov. 2018, 18:30 – 20:30 Uhr

Unite Cyprus Now / FES
Kampagne

„What were you doing...?“

Technical University of Cyprus, Limassol, Zypern
Öffentliche Veranstaltung



Freitag, 16. November 2018, 9:00 – 16:00 Uhr

PRIO / FES
Konferenz

**“The Belt and Road Initiative”: China’s new
“Silkroad” and the South-East Mediterranean**

Goethe-Institut, Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung



Samstag, 17.– Sonntag, 18. November 2018

ENORASIS / FES
Workshop

**14th Friendship Weekend of the Enorasis Social
Cultural Clubs**

Chateau Lambousa Hotel, Kyrenia/Girne
Keine öffentliche Veranstaltung



Dienstag, 20. Nov. 2018, 10:30 – 13:00 Uhr

Cyprus International University / FES
Launch

**Corruption Perception Index for the Northern
Part of Cyprus**

Home for Cooperation, Nikosia, Zypern
Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 22. Nov. 2018, 18:30 – 20:30 Uhr

Unite Cyprus Now / FES
Kampagne

“What were you doing...?“

Mağusa Gelişim Akademisi, Famagusta, Zypern
Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag 22. – Freitag 23. November 2018

Civil Society Advocates / FES
Präsentationen in Englisch

ABCs of Democracy – Freedom of Association

**Donnerstag, 22. November, 16:00 – 18:00 Uhr
Home for Cooperation, Nikosia**

Freitag, 23. November, 16:00 – 18:00 Uhr
Laona Foundation, Limassol

Öffentliche Veranstaltung



Donnerstag, 29. Nov. 2018, 18:00 – 20:15 Uhr

The European Institute of Management and
Finance (EIMF) / FES
Workshop

Corporate Governance in the Public Sector

European Institute for Management & Finance,
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Freitag, 30. Nov. – Sonntag, 02. Dez. 2018

IKME / BILBAN / FES
Workshop

Cyprus Solution: A European Challenge

Aquamare Hotel, Pafos, Zypern

Keine öffentliche Veranstaltung



Dezember

--- keine Veranstaltungen ---

Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: office@fescyprus.org

Web-Seite: www.fescyprus.org

Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Despina
Michaelidou und Sophia Papastavrou

Übersetzung:

Monika Heidingsfelder und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen News-
letter abonnieren oder abbestellen möchten, sen-
den Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com